

PRESSEMITTEILUNG

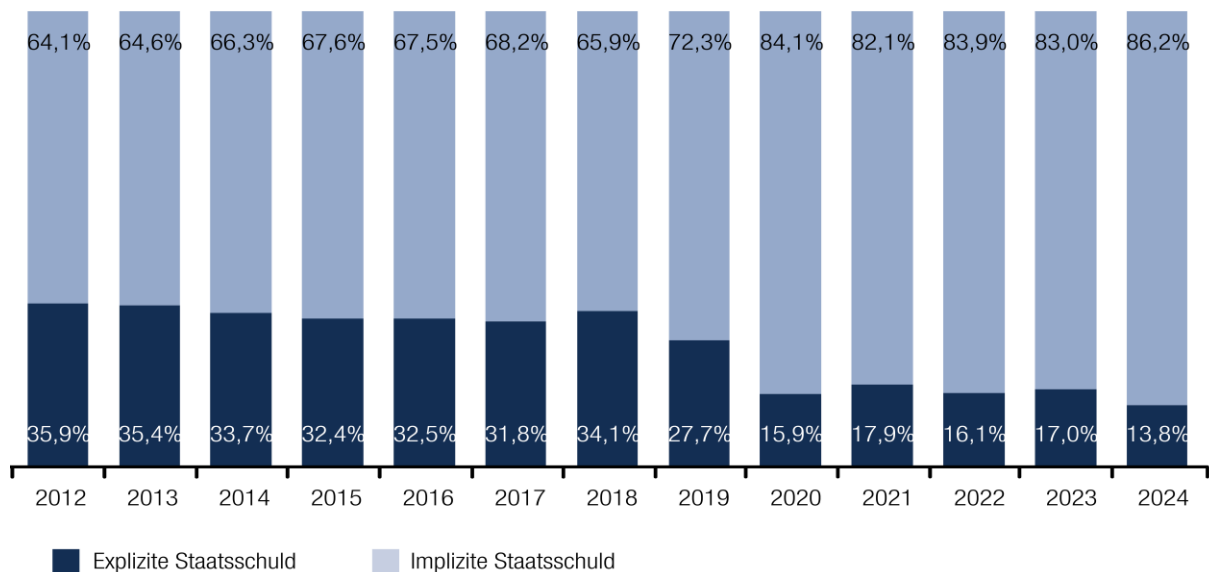
Berlin, 11. September 2025

„Der Staat muss sich endlich ehrlich machen“: Stiftung Marktwirtschaft fordert Berücksichtigung versteckter Lasten in der Schuldenbremsendiskussion

Seit 2006 bilanzieren die Stiftung Marktwirtschaft und das Forschungszentrum Generationenverträge der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg die ehrlich gerechneten Schulden und Verbindlichkeiten des Staates. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass – noch ohne Berücksichtigung der 200 Milliarden Euro teuren Rentenpolitik mit Verlängerung der Rentenhaltelinie und Ausweitung der Mütterrente wie auch des „Infrastruktur“-Sondervermögens – eine Rekordlast von 19,5 Billionen Euro an expliziten und impliziten Schulden zu verzeichnen ist. Zugleich erreicht damit der Anteil der heute noch unsichtbaren Lasten mit über 86 Prozent ein Rekordniveau (vgl. Abbildung). „Mehr Intransparenz war nie. Über Jahrzehnte hat sich in Deutschland beim öffentlichen Haushalten ein Maß an Unaufrichtigkeit, Lastenverschiebung und zunehmend auch Zukunftsvergessenheit eingeschlichen, das eines reifen demokratischen Staatswesens, das seine Bürger ernst nimmt, nicht angemessen ist“, kritisiert Prof. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. Der politische Handlungsspielraum zukünftiger Generationen wird massiv eingeschränkt – unverhältnismäßig und kaum begründbar, solange Verschuldung in konsumtive Ausgaben und nicht in zusätzliche Investitionen mündet, die auch späteren Generationen zugutekommen.

Schuldentransparenz auf neuem Tiefstand

Expliziter und impliziter Anteil der Staatsschulden im Zeitverlauf (in Prozent der jeweiligen Nachhaltigkeitslücke).



Quelle: Raffelhüschen et al. (2025), *Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 183, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin, August 2025.*

Die Bundesregierung plant zusätzlich zu schon auf den Weg gebrachter Rekordverschuldung eine „Modernisierung“ der Schuldenbremse und hat eine Kommission dazu berufen. Völlig unberücksichtigt bleiben in der aktuellen Debatte um die Reform der Schuldenbremse bislang jedoch die impliziten Schulden, aus denen bei Fortführung des Status quo über kurz oder lang explizite Schulden werden. Bisher ist die deutsche Schuldenbremse aufgrund ihrer Gegenwartsorientierung weitgehend blind gegenüber diesen in der Zukunft liegenden fiskalischen Belastungen. „Eine vorausschauende Berücksichtigung der staatlicherseits eingegangenen Leistungsverpflichtungen findet nicht statt. Erst wenn implizite Schulden sukzessive zu expliziten Schulden transformieren, werden sie für die Schuldenbremse relevant. Dann ist es allerdings angesichts der Trägheit und Langfristigkeit demografischer Prozesse für ein wirksames Gegensteuern in der Regel zu spät“, warnt Eilfort.

Um das oben skizzierte Defizit der Schuldenbremse zu korrigieren und in den Kernhaushalten der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Kommunen) dauerhaft ausreichend finanzielle Spielräume für Investitionen zu sichern, ohne dabei die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte zu gefährden, ist es notwendig, diesen impliziten Schulden deutlich mehr Aufmerksamkeit zu schenken und die kommenden fiskalischen Belastungen bereits heute in den haushaltspolitischen Prozessen zu berücksichtigen.

Die impliziten Schulden teilen sich etwa hälftig auf die Sozialversicherungen und die Gebietskörperschaften auf. Während in den Sozialversicherungen eine Verringerung der impliziten Schulden vorrangig durch entsprechende Reformen erfolgen sollte, ist für die Gebietskörperschaften ein partielles Vorziehen der fiskalischen Belastungen durch einen sukzessiven Umstieg auf eine (vollständige) Kapitaldeckung in der Beamtenversorgung bis zum Jahr 2050 anzustreben. Gegenwärtig erfolgt die Bildung von Kapitalrücklagen für zukünftige Versorgungsausgaben nur in homöopathischen Dimensionen, so dass – bei Fortbestand des Status quo – zukünftige Versorgungsausgaben fast vollständig aus den laufenden Steuereinnahmen finanziert werden müssen. Zuletzt wurden sogar in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen entsprechende Zuführungen eingestellt und z.B. in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein Reserven „geplündert“, nur Sachsen steht solide da. „Der Staat sollte endlich beginnen, sich ehrlicher zu machen und ab 2050 als ehrbarer Staat für alle zugesagten Leistungen genauso Rücklagen gebildet haben wie ein ehrbarer Kaufmann bzw. Unternehmen es für Zusagen bei der betrieblichen Altersversorgung schon lange zu tun haben“, unterstreicht Eilfort.

Die Stiftung Marktwirtschaft fordert als erste Maßnahme zur Berücksichtigung impliziter Lasten in den Haushalten, dass im Wirkungsbereich der Schuldenbremse ein schrittweiser Einstieg in eine Neuregelung für die Beamtenpensionen erfolgt:

- Für ab dem 1.1.2026 neu eingestellte Beamte in Bund und Ländern werden analog zur Regelung bei Zusagen für betriebliche Altersversorgungen jährlich versicherungsmathematisch begründete Rückstellungen gebildet und damit die entsprechenden Pensionen und Beihilfen sukzessive ausfinanziert und rechtssicher individualisiert vor willkürlichem Zugriff geschützt.
- Für alle „Bestandsbeamten“ zum 31.12.2025 wird bis zum 31.12.2049 in jährlich gleichen Raten ein Kapitalstock aufgebaut, der für sie die Auszahlung der Pensionen ab dem 1.1.2050 sicherstellt, einen Zugriff auf dann laufende Haushalte und Steuereinnahmen überflüssig macht und so für neue Spielräume und Transparenz sorgt.
- Um eine fiskalische Überforderung zu vermeiden, werden Zahlungen an Ende 2025 bereits pensionierte Beamte und an zwischen 2026 und 2049 in Pension tretende Beamte wie bislang aus den laufenden Haushalten geleistet.

Eine Umstellung der bestehenden Versorgungsansprüche auf Kapitaldeckung würde zwar in den kommenden Jahren eine Mehrbelastung für die öffentlichen Haushalte mit sich bringen. Demgegenüber stünde allerdings ein erheblicher staatlicher Vermögensaufbau zur Deckung der zukünftigen Versorgungsleistungen, das Entfallen des Zugriffs auf dann laufende Haushalte und Steuereinnahmen und vor allem Transparenz, Vorsorge und Ehrlichkeit bei öffentlichen Haushalten

Weiterführende Informationen und konkrete Kostenrechnungen finden Sie [hier](#).

Ansprechpartnerin

Dr. Ann Zimmermann
Leitung Kommunikation
zimmermann@stiftung-marktwirtschaft.de

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
D-10117 Berlin
Tel. (030) 20 60 57 33
www.stiftung-marktwirtschaft.de